

Wir Steirer

KONKRET · KRITISCH · FREIHEITLICH

AUSGABE SOMMER 2025

ST. MARGARETHEN

Impressum: F.d.I.v.: FPÖ Landesgruppe Steiermark, Conrad-von-Hötzendorf-Straße 58, 8010 Graz
E-Mail: murtal@fpoe-stmk.at, Tel.: +43 (0)316/7072-75
FPÖ-Bürokratlobmann Murtal Nabg. Wolfgang Zanger, Politische Information



■ Liebe Gemeindebürger!

Nach einem intensiven GR-Wahlkampf konnten wir am Wahltag einen tollen Erfolg erzielen und sind nur knapp am dritten Gemeinderatsmandat vorbeigeschrammt. Unsere beiden freiheitlichen Gemeinderäte Reinhard Wieler und Gerald Stubenberger möchten für alle Ortsteile ein offenes Ohr haben! Danke vielmals für das Vertrauen in

uns – wir werden in den nächsten fünf Jahren für eine kantige Oppositionsarbeit garantieren! Von unserer FPÖ-Landesregierung bekommen wir laufend Informationen, und auch die „5 Gute Jahre“-Tour hat uns wichtige Informationen zu Landesthemen gebracht, welche natürlich auch direkte Auswirkungen auf unsere Gemeinde haben.



■ Aus dem Gemeinderat

In der ersten Gemeinderatssitzung haben wir schon den ersten Dringlichkeitsantrag zu verkehrstechnischen Themen an den Bürgermeister gestellt. Beim Thema Zu- und Umbau des Fußball- bzw. Tennisheims haben wir nicht zustimmen können – und das nicht wegen der Sache an sich. Der geplante Umbau sollte 1,2 Millionen Euro kosten, und das

ist bei einer aktuellen Verschuldung der Gemeinde von ca. 5 Millionen Euro nicht tragbar für die Zukunft unserer Kinder. Wir sind der Meinung, dass dieser Umbau definitiv günstiger möglich ist, da beispielsweise in der Kostenschätzung der Gemeinde ein Geländer mit 20 Laufmetern mit Kosten in der Höhe von 200.000 Euro ausgewiesen ist.

■ Bürgermeister will Kindertransport abschaffen!

Der Bürgermeister plant die Abschaffung des Kindergartentransports von der Rachau/Glein nach St. Lorenzen, da die Kosten dafür in der Höhe von ca. 60.000 Euro seines Erachtens nicht tragbar sind. Eine derart familienfeindliche Aktion wird niemals die Zustimmung von uns FPÖ-Mandataren erhalten – wir haben massiv dagegen protestiert und Einspruch eingelegt!



■ SPÖ agiert unternehmerfeindlich!

Unsere rote Gemeindeführung legt auch keinen Wert darauf, dass unsere eigenen Betriebe Aufträge seitens der Gemeinde bekommen. Bei einem geplanten Projekt ist beispielsweise die Fa. Laubreiter nicht zum Zug gekommen, weil sie geringfügig teurer war, was aus unserer Sicht nicht annähernd nachvollziehbar ist.

GR Ing. Gerald Stubenberger mit einem weiteren Beispiel dazu:

„Ich selbst führe einen Betrieb mit 7 Mitarbeitern und kann vom unternehmerfeindlichen Zugang des Bürgermeisters ein Lied singen. Das mangelnde Verständnis für unternehmerische Notwendigkeiten zwingt uns daher leider dazu, unser Ingenieurbüro ab Juli 2025 in Kobenz weiter zu betreiben. Ich bedaure es sehr, diesen Schritt machen zu müssen, denn mein Großvater hat unser Unternehmen im Jahr 1937 gegründet, und wir zahlen ja auch einen

nicht so geringen Kommunalsteuerbeitrag monatlich. Es wird daher für mich auch in Zukunft ein wichtiges Thema sein, Arbeitsplätze nach St. Margarethen zu bekommen, da dies eine fixe Einnahmequelle für das angespannte Gemeindebudget sein kann!“

Geschätzte Mitbürger, für eure Anliegen und Ideen haben wir stets ein offenes Ohr. Scheut euch nicht, uns zu kontaktieren!

Eure freiheitlichen Gemeinderäte

Reinhard Wielender und Gerald Stubenberger

Reinhard Wielender, Ortsparteiobmann

📞 0664/1417924 📩 r.wielender@gmail.com

Gerald Stubenberger, Gemeinderat

📞 0664/3506448 📩 gerald@stubenberger.eu



Keine Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf Trinkgelder

Der Dienstleistungssektor – insbesondere Gastronomie und Tourismus – zählt zu den tragenden Säulen der österreichischen Wirtschaft. Trinkgelder spielen dabei eine essenzielle Rolle: Sie sind mehr als bloße Anerkennung, sie sind Ausdruck direkter Wertschätzung der Kunden für exzellenten Service. Diese freiwillige Zuwendung stellt oft eine wertvolle Ergänzung zum regulären Einkommen dar und beeinflusst maßgeblich die Arbeitszufriedenheit und -motivation. Seit den tiefgreifenden Veränderungen durch die Corona-Pandemie hat sich der Arbeitskräftemangel in diesen Branchen dramatisch verschärft. Viele ehemals Beschäftigte haben sich umorientiert, Rückkehrer sind rar. Die Personalnot führt mittlerweile dazu, dass immer mehr Lokale dauerhaft schließen müssen – ein dramatischer Trend, der auch den ländlichen Raum stark betrifft.

Was eigentlich als direkte Belohnung für gute Arbeit gedacht ist, wird durch das bestehende Steuer- und Abgabenregime unnötig verkompliziert. Trinkgelder unterliegen heute – abhängig vom Bundesland – unterschiedlichen Pauschalregelungen und werden sozialversicherungsrechtlich teilweise als reguläres Entgelt behandelt. Besonders benachteiligt sind jene Regionen, in denen keine einheitliche Pauschale existiert, wie etwa in der Steiermark und in Salzburg. Dort kann das Trinkgeld überproportional hoch besteuert werden. Die gegenwärtigen Bestimmungen schaffen nicht nur eine intransparente Ungleichbehandlung innerhalb der Branche, sondern erzeugen auch erheblichen bürokratischen Aufwand für Arbeitgeber. Die Einführung gemeinsamer Trinkgeldkassen

oder TRONC-Systeme führt häufig zu einer Verkomplizierung der Lohnverrechnung und zu versteckten Mehrkosten für Betriebe. Gleichzeitig wirkt sich die steuerliche Belastung demotivierend auf das Personal aus – ein Umstand, den auch Branchenvertreter scharf kritisieren.

Eine grundlegende Reform der Trinkgeldregelung könnte als Impulsgeber für eine attraktivere Gestaltung der Dienstleistungsberufe wirken. Sie würde nicht nur zu einer Vereinfachung für Betriebe beitragen, sondern auch als Zeichen der Anerkennung gegenüber dem oft unter hohem Druck arbeitenden Personal dienen. Vor allem aber könnte sie helfen, dringend benötigte Fachkräfte zurückzugewinnen oder im Beruf zu halten. Der Weg dorthin muss frei von zusätzlicher Bürokratie, klar in der Ausgestaltung und fair für alle Beteiligten sein. Die Bundesregierung ist nun gefordert, diesen Weg entschlossen zu beschreiten – im Interesse der Betriebe, der Beschäftigten und letztlich der gesamten Volkswirtschaft.

Wir sprechen uns für eine gesetzliche Steuer- und Sozialversicherungsbeitragsbefreiung für Trinkgelder aus, und fordert die Landesregierung auf, an die Bundesregierung – insbesondere an den Bundesminister für Finanzen und die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz – heranzutreten und diese aufzufordern, die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen.

Ihr Landtagsabgeordneter
Thomas Maier

Wir sind persönlich für dich da:

FPÖ Murtal und Freiheitliche Jugend Murtal

FPÖ-Bezirksbüro Murtal | Parkstraße 27, 8720 Knittelfeld

GERTRAUD KREUZER

Bezirkssekretärin



O316 / 70 72 - 75



O664 / 522 33 20



murtal@fpoe-stmk.at



BIRGIT EHGARTNER

Parlamentarische
Mitarbeiterin und Assistentin
NAbg. Wolfgang Zanger



O664 / 825 77 53



birgit.ehgartner@fpoe.at



ÖFFNUNGSZEITEN:

MO: 08:00 – 11:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr

DI: 14:00 – 16:00 Uhr

MI: 08:00 – 11:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr

DO: 08:00 – 11:00 Uhr und 14:00 - 18:00 Uhr

FR: 08:00 – 10:00 Uhr

sowie nach vorheriger Terminvereinbarung!



Gemeinsam

FÜR UNSERE
HEIMAT!

JETZT MITGLIED WERDEN!

Email: murtal@fpoe-stmk.at

ODER HIER
SCANNEN!



Wolfgang Zanger
Nationalratsabgeordneter

Thomas Maier

Landtagsabgeordneter

FPOE-STMK.AT